

ALEXANDER KISSLER, BERLIN

Als der russische Staatspräsident und der deutsche Kanzler nach ihrem Treffen Mitte Februar in Moskau vor die Presse traten, sprachen sie über einen abwesenden Dritten. Wladimir Putin lobte den Herrn, der sich weit entfernt vom Kreml befand, als einen unabhängigen Experten und «anständigen Mann, vor dem wir grossen Respekt haben». Olaf Scholz erwiderte knapp, er kommentiere nicht die «privatwirtschaftlichen Aktivitäten eines ehemaligen Politikers».

Von ein und demselben Menschen war in dieser sehr unterschiedlichen Perspektive die Rede, von Gerhard Schröder, dem einstigen Bundeskanzler, der mittlerweile ebenso sehr die Entfremdung zwischen den beiden Ländern symbolisiert, wie er zu seiner Amtszeit für deren Aussöhnung einstand. Wie konnte das geschehen?

Kaffeebecher verbannt

Gerhard Schröder steht vor den Trümmern seines politischen Lebenswerks. Teile der SPD streben den Parteiausschluss ihres 77-jährigen ehemaligen Vorsitzenden an. Er könnte die Ehrenbürgerwürde der Stadt Hannover und den Ehrendokortitel der Universität Göttingen verlieren. Borussia Dortmund hat ihm die Ehrenmitgliedschaft entzogen, die Arbeiterwohlfahrt ihm den Friedenspreis aberkannt, der Verlag Ringier die Zusammenarbeit beendet, der Mitarbeiterstab seines Berliner Büros gekündigt. Der «Kaffeebecher «Gerhard Schröder» wurde aus dem SPD-Shop verbannt.

Den Anlass für diese und zahlreiche weitere Akte einer *Damnatio memoriae* lieferte der aus der Erinnerung Verbannte: Auch nach dem Überfall Russlands auf die Ukraine will Schröder offenbar weder auf seine Aufsichtsratsmandate bei den ganz oder teilweise russischen Unternehmen Rosneft, Nord Stream 1 und Nord Stream 2 verzichten noch Wladimir Putin öffentlich kritisieren. Er rief lediglich die russische Regierung allgemein dazu auf, den Krieg schnellstmöglich zu beenden.

Das Kopfschütteln über Schröder ist allgemein. Komplette Isoliert habe sich der Altkanzler in seiner Partei, urteilt deren Vorsitzender Lars Klingbeil. Er möge seine Ämter in Russland aufgeben, fordert Kanzler Scholz. Schröder schade mittlerweile Deutschland, gab der sozialdemokratische Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses im Bundestag, Michael Roth, zu bedenken. Niemand versteht die Nibelungentreue Schröders zum Moskauer Kriegsherrn. Fast niemand glaubt auch, Schröder sei durch ein Parteiordnungsverfahren zu disziplinieren. Die SPD, urteilt ein langjähriger sozialdemokratischer Weggefährte, sei längst nicht mehr Schröders Bezugsgruppe. Für ihn zählten Freundschaften mehr als Parteien, bis hin zur Halsstarrigkeit.

Eine Probe dieser Haltung gab Schröder schon einmal. Im November 2004 fragte der Fernsehmoderator Reinhold Beckmann den damaligen Kanzler vor laufender Kamera, ob Putin ein lupenreiner Demokrat sei. Schröder antwortete, er glaube Putin das und sei auch selbst «davon überzeugt, dass er das ist». Knapp 16 Jahre später beharrte Schröder in einem TV-Interview: Nach seiner damaligen Aussage zu Putin sei «das passiert, was man mit mir nicht machen kann», ein «endloses «Du hast dich davon zu distanzieren»» habe begonnen. «Und das mache ich nicht. Das mache ich bis heute nicht.»

Ist Schröder ein Mann, der sich aus Prinzip nicht distanzieren, nicht von sich, nicht von Freunden, was auch immer sie angestellt oder verbrochen haben mögen, koste es, was es wolle? Die Antwort ist so komplex wie die ganze Geschichte dieser sehr speziellen deutsch-russischen Freundschaft, und sie führt zurück ins Jahr 2000. Wenige Wochen nach seiner ersten Wahl zum Staatspräsidenten besuchte der 47-jährige Putin den Kanzler und machte offenbar eine gute Figur. In seiner Autobiografie schreibt Schröder, ihn hätten Putins wache Intelligenz, die ungewöhnliche Fitness und Selbstdisziplin beeindruckt. Schliesslich hatte der Gast nach den chaotischen Jelzin-Jahren «eines der schwersten Ämter, die auf der Welt zu vergeben sind», übernommen.

Der ehemalige SPD-Vorsitzende Martin Schulz wies unlängst darauf hin, dass Schröder um die Jahrtausendwende keineswegs alleinstehend mit seiner Einschätzung. «Eigentlich die gesamte Welt» sei von Putin beeindruckt gewe-



Im Sommer 2004 besuchte Bundeskanzler Gerhard Schröder Wladimir Putin zu Verhandlungen in dessen Residenz am Schwarzen Meer.

REUTERS / ITAR-TASS

Schröder hält auf Gedeih und Verderb zu seinem Freund Putin

Der ehemalige deutsche Kanzler will den russischen Präsidenten nicht öffentlich kritisieren und weiter in dessen Diensten stehen

sen. Wippenden Schrittes, mit einem verschmitzten Lächeln schien Putin die Erwartungen des Westens an einen Reformen idealtypisch zu erfüllen.

Verwandte Seelen

Es führt vermutlich kein gerader Weg von Putin, dem Erneuerer, zu Putin, dem Kriegstreiber. Doch im Fall Schröder bleibt es nicht bei situativer politischer Bewunderung. Es ist der Beginn einer Männerfreundschaft. Bereits das orthodoxe Weihnachtsfest Anfang 2001 bringen die Ehepaare gemeinsam, später auch Geburtstage, mal in Hannover, mal in Moskau. Man sieht sich oft. Die Achtung steigt mit Putins auf Deutsch gehaltener Bundestagsrede im September 2001 weiter – und bleibt persönlich gefärbt. Putin ist behilflich, als die Eheleute Gerhard und Doris Schröder-Köpf 2004 und 2006 zwei kleine Kinder aus Russland adoptieren.

Es scheint, als hätten sich hier verwandte Seelen gefunden. Die Männer, so urteilt Schröders Biograf Gregor Schöllgen, seien sich sehr ähnlich, wüssten, aus welchen Verhältnissen sie stammten, und empfänden auch deshalb voneinander einen natürlichen Respekt. Schröders Mutter bezog Sozialhilfe, Putin ist Kind kleiner St. Petersburger Leute. Dem Macher und Malocher, als der Schröder sich sah, imponierte die zupackende Art des ehemaligen KGB-Mannes.

Russland war Ende der 1990er Jahre laut Schröder ein «krankes Reich», und auch er hatte 1998 von Helmut Kohl eine als reformunfähig erscheinende Bundesrepublik übernommen, mit hohen Schul-

den und vielen Arbeitslosen. Erst Schröders Arbeitsmarktreformen (Hartz IV) schufen die Grundlage für Deutschlands ökonomisches Comeback. Putin wiederum, davon war Schröder überzeugt, arbeitete hart daran, eine Marktwirtschaft zu etablieren und die «Auferstehung Russlands» einzuleiten.

Immer die Trommel schlagen

Hinzu kommt die Familiengeschichte im Zweiten Weltkrieg. Schröders Vater Fritz starb als Obergefreiter 1944 an der Ostfront, da war der Sohn kein halbes Jahr alt. Putins Bruder kam bei der Belagerung Leningrads ums Leben. Insofern bildet neben der Bundestagsrede von 2001 die Teilnahme Schröders im Mai 2005 an den Moskauer Feierlichkeiten zum Sieg über Nazi-Deutschland den zweiten Markstein einer ebenso freundschaftlichen wie ökonomischen Beziehung. Keinem Kanzler war zuvor diese Ehre erwiesen worden.

Eine solche Erfahrung, so Schröder 2020 in der TV-Dokumentation «Schlage die Trommel», vergesse man nicht. Deshalb betrachte er es als Teil seiner Verantwortung, «auch wenn du Fehler dort siehst, dafür zu sorgen, dass nicht nur über Fehler, sondern auch über diesen Teil der Historie, der ja auch in die Gegenwart hineinragt, diskutiert wird». Kein entscheidendes Problem in der Weltpolitik und der Weltökonomie wäre ohne Russland zu lösen, dies hatte er schon 2008 erläutert.

Immer wieder überlappen sich in dieser Verbindung das Politische, das Historische, das Biografische und am Ende auch das Geschäftliche. Schröder hat ein

Bild gewonnen von Russland und von Putin, an dem er nicht rütteln will. Angesichts des von Putin angeordneten Bombardements der Ukraine wirkt es bizarr, wie häufig Schröder den Russen als einen überzeugten Christen zeichnete. «Er ist sehr gläubig», behauptete Schröder in den langen Gesprächen, die er 2014 mit dem Journalisten Georg Meck für ein Buch führte.

Das Kapitel über Putin, so erinnert sich Meck heute, sei am schwierigsten zu autorisieren gewesen. Ein «alles überwölbender Trotz», vermutet der Interviewpartner, lasse Schröder auf Gedeih und Verderb an überkommenen Bildern festhalten. Will er sich nicht eingestehen, einem Spieler und Manipulator auf den Leim gegangen zu sein? Oder haben, worüber jüngst der Historiker Wolfgang Krieger speulierte, die russischen Geheimdienste kompromittierendes Material über Schröder?

Eine andere Grundüberzeugung Schröders, nämlich die von einer strategischen Partnerschaft Deutschlands und Russlands, wurde punktuell bestätigt: im Irakkrieg von 2003, als Schröder und Putin zusammen gegen die Vereinigten Staaten aufbegehrten. Im Internetauftritt der SPD findet sich noch der Hinweis, Schröder habe sich «der Beteiligung am Irakkrieg widersetzt und damit weltweit das Ansehen Deutschlands gemehrt».

Der Kanzler war in seiner siebenjährigen Amtszeit, wie er selbst sagt, von der Sorge getrieben, Deutschland könne seine ausserpolitische Freiheit und Unabhängigkeit verlieren und sich wieder an die «Rockschösse amerikanischer Aussenpolitik» klammern. Da kam

Dem Macher und Malocher, als der Schröder sich sah, imponierte die zupackende Art des ehemaligen KGB-Mannes.

Putin, der vermeintliche Abendländer, gerade recht.

Wenige Monate nach den Paraden in Moskau zum 60. Jahrestag des Kriegsendes verlor die SPD im Oktober 2005 die Bundestagswahlen, und Angela Merkel wurde Kanzlerin. Bereits im Dezember desselben Jahres wurde aus Schröder, dem geachteten Altkanzler, «Gazprom-Gerd». Den bösen Spitznamen verdiente er sich, weil er auf Bitten des Vorstandsvorsitzenden von Gazprom einen Aufsichtsratsposten beim noch unter seiner Kanzlerschaft ins Leben gerufenen russisch-deutschen Ostseepipeline-Projekt Nord Stream übernahm.

Später kamen vergleichbare Aufgaben bei Nord Stream 2 und beim russischen Energiekonzern Rosneft hinzu – zu einem Zeitpunkt, als Rosneft wegen Russlands Annexion der Krim bereits von der Europäischen Union mit Sanktionen belegt war. Schröder störte sich daran nicht. Den «Instinktpolitiker» (Martin Schulz über Schröder) verliess sein Instinkt.

Durch seine Anhänglichkeit gegenüber einem Autokraten wurde Schröder zum Aussenseiter. Keineswegs jedoch sind in der SPD enge Bande mit dem Riesenreich im Osten eine Ausnahme. Schröder begründet die besondere Nähe selbst zu Putins Russland mit der sozialdemokratischen Entspannungspolitik. Was Willy Brandt im Kalten Krieg gelungen sei, Wandel durch Annäherung, müsse auch in der Gegenwart möglich sein: Mit diesem Mantra haben bis kurz vor der Invasion in der Ukraine viele SPD-Politiker ihr russlandfreundliches Engagement begründet. Wenngleich auch CDU-Granden wie der sächsische Ministerpräsident Michael Kretschmer unverdrossen und unverändert für ein «vernünftiges Verhältnis» mit Russland plädieren, ist der SPD die russisch-deutsche Freundschaft ungleich tiefer in ihre Geschichte eingeschrieben.

«Moskau-Connection» der SPD

Matthias Platzeck etwa, einst Parteivorsitzender und brandenburgischer Ministerpräsident, stand bis vor kurzem dem Deutsch-Russischen Forum vor und trug die russische Sicht der Dinge nach Deutschland. Nicht übertreffen lassen in ihrem Einsatz als «russische Werbeikone» – so schalt sie der Oppositionsführer der CDU im Landtag von Schwerin – wollte sich die Ministerpräsidentin von Mecklenburg-Vorpommern, Manuela Schwesig. Sie trieb die Gründung einer landeseigenen «Klimastiftung» voran, die zu 99 Prozent von Gazprom finanziert wird und die Vollendung der zweiten Pipeline, Nord Stream 2, sicherstellen sollte. Erst nach dem Angriff der russischen Truppen ruderte Schwesig zurück. Nun soll nach Wegen gesucht werden, wie die Stiftung aufgelöst werden kann.

An der Spitze der «Klimastiftung» steht mit dem SPD-Politiker Erwin Sellering Schwesigs Amtsvorgänger als Ministerpräsident. Stephan Weil wiederum, niedersächsischer Ministerpräsident und in dieser Funktion ein Nachfolger von Schröder, machte Doris Schröder-Köpf zu seiner Integrationsbeauftragten.

Die ehemalige Frau des Altkanzlers gilt, wie die «FAZ» bilanzierte, als «Teil der Moskau-Connection innerhalb der niedersächsischen Sozialdemokratie». Weil selbst lehnte nach dem Mordversuch an dem Oppositionspolitiker Alexei Nawalny Sanktionen gegen Russland mit den Worten ab, sie seien ein «stumpfes Schwert». Und dann ist da noch der einstige Stasi-Agent Matthias Warnig, auf den Schröder im Aufsichtsrat von Rosneft ebenso trifft wie bei der mittlerweile insolventen Nord Stream 2 AG, deren Geschäftsführer er war.

Weshalb aber ragt der Ex-Kanzler bis heute aus dieser illustren Runde durch seine Intransigenz heraus? Schröder, sagt ein Parteifreund, sei nicht mehr «der Gerd, den wir kannten». Das Alter fordere seinen Tribut. Vielleicht. Der Biograf Gregor Schöllgen distanziert sich ebenfalls: Dass Schröder schweige, sei tragisch und ein Fehler, «denn so kommt eine Lebensleistung unter die Räder, die es verdient, in Erinnerung zu bleiben». Im Raum steht das Angebot, Ende Juni in den Aufsichtsrat von Gazprom einzuziehen. Wladimir Putin machte bei der denkwürdigen Pressekonferenz mit Olaf Scholz neun Tage vor dem Beginn der russischen Invasion klar: Schröder wäre aus seiner Sicht ein Gewinn für Gazprom, für Deutschland und die ganze Europäische Union.

In der britischen Ukraine-Politik klaffen Anspruch und Wirklichkeit auseinander

Boris Johnson weibelt für eine härtere Gangart gegenüber Moskau – die Aufnahme von Kriegsflüchtlingen stockt

NIKLAUS NUSPLIGER, LONDON

Normalerweise hält das britische Unterhaus peinlich genau an seinen Traditionen fest. Doch unter dem Eindruck des Angriffskriegs auf die Ukraine hat das Parlament am Dienstag gleich mehrere althergebrachte Regeln über den Haufen geworfen: Nicht nur wandte sich mit dem ukrainischen Präsidenten Wolodimir Selenski erstmals ein ausländischer Staatschef direkt im Unterhaus an die Abgeordneten – per Videoschaltung aus einem Kriegsgebiet. Vielmehr solidarisierten sich die Parlamentarier auch mit Selenski und spendeten ihm stehende Ovationen, obwohl Applaus im Unterhaus eigentlich verpönt ist.

Selenski schilderte den sichtlich bewegten Abgeordneten im prall gefüllten Unterhaus das Leid der Zivilbevölkerung. Und er gelobte mit einer Referenz an eine Rede des britischen Kriegspremierministers Winston Churchill von 1940, dass die Ukrainer bis zum Ende in den Wäldern, auf den Feldern, an den Küsten und in den Strassen kämpfen würden. Schliesslich forderte er die Briten dazu auf, Russland mit Sanktionen weiter unter Druck zu setzen und für die Sicherheit des ukrainischen Himmels zu sorgen – eine Anspielung an seinen Wunsch nach einer Flugverbotszone.

Parteiübergreifende Solidarität

Selenskis Mut und sein Kampfeswille stiessen auf partiübergreifende Solidarität. Auch Premierminister Boris Johnson, der in den letzten Tagen oft mit Selenski telefonierte, zeigte sich tief beeindruckt vom ukrainischen Staatschef. In Westminster heisst es, der talentierte Selbstdarsteller Johnson, der Churchill als sein grösstes Vorbild bezeichnet, erkenne eine Seelenverwandtschaft mit

dem zum Kriegshelden avancierten Schauspieler Selenski.

Auf jeden Fall stellt sich Johnson demonstrativ hinter die Ukraine und weibelt für noch schärfere Sanktionen gegen Moskau. Sein Umfeld verbreitet das Narrativ, Johnson führe Europa im Kampf gegen Putin an, und manche Tory-Abgeordneten reden gar Johnsons «Falkland-Moment» herbei – in Anlehnung an den Krieg zwischen Argentinien und Grossbritannien von 1982, der Premierministerin Margaret Thatcher einen Popularitätsschub verlieh. Der konservative «Spectator» wies dies als «lächerlich» zurück. Doch ist nicht von der Hand zu weisen, dass der Krieg für Johnson zum idealen Zeitpunkt von der Party-Affäre ablenkt und dass sich seine Umfragewerte jüngst etwas erholt haben.

Ende für russische Ölimporte

Die offensive Rhetorik der Regierung widerspiegelt die Realität aber nicht vollumfänglich. Bei der Militärhilfe und den Waffenlieferungen für Kiew war London zwar von Anfang an viel proaktiver als die europäischen Alliierten. Und sollte Polen eigene Kampfflugzeuge der Ukraine überlassen, scheint Grossbritannien bereit zu sein, Warschau mit Ersatz zu beliefern. Vor der Erfüllung von Selenskis Wunsch nach einer von der Nato durchgesetzten Flugverbotszone schreckt aber auch Johnson zurück.

Ein differenziertes Bild ergibt sich bei der Sanktionspolitik. So hat Johnson früh für den Ausschluss russischer Banken vom Zahlungssystem Swift lobbyiert, nun möchte er die verbleibenden Lücken schliessen. Zudem kündigte er am Dienstag ein Ende aller russischen Ölimporte bis Ende Jahr an. Russisches

Öl hat in Grossbritannien einen Marktanteil von immerhin 8 Prozent, womit das Land exponierter ist als die USA, aber doch deutlich weniger als viele EU-Staaten.

Wegen einer Mischung aus Ressourcenmangel und rechtsstaatlichen Widerhaken tut sich Grossbritannien allerdings schwer damit, rasch individuelle Sanktionen gegen russische Oligarchen zu verhängen. Laut Berechnungen des «Daily Mail» sind insgesamt 94 russische Individuen und 17 Unternehmen, die von der EU oder den USA sanktioniert worden sind, bis heute nicht von britischen

Wegen Mangels an Ressourcen und rechtsstaatlichen Widerhaken fällt es schwer, rasch individuelle Sanktionen gegen russische Oligarchen zu verhängen.

Strafmassnahmen betroffen. Nun hat die Regierung eine dringliche Verschärfung der Gesetze eingeleitet. Doch böse Zungen zweifeln am Willen, ernsthaft gegen Wladimir Putins Oligarchen in «Londongrad» vorzugehen.

Formalismus bei Aufnahme

Am stärksten klaffen Anspruch und Wirklichkeit beim Umgang mit den zwei Millionen ukrainischen Kriegsflüchtlingen auseinander. Während die EU-Staa-

ten und die Schweiz Ukrainer unkompliziert vorläufig aufnehmen, verheddert sich das britische Innenministerium in seiner eigenen Bürokratie. Theoretisch erhalten Ukrainer, die in Grossbritannien über Familienangehörige verfügen, ein vorläufiges Visum. Über einen Sponsor steht dieser Weg auch weiteren Flüchtlingen offen.

In der Praxis aber bestehen die britischen Behörden darauf, dass sich alle Flüchtlinge vor der Reise nach Grossbritannien in einem Visa-Zentrum einer Sicherheitsprüfung unterziehen und biometrische Fingerabdrücke hinterlassen. Allerdings sind die Termine in vielen Zentren ausgebuht, weshalb bis Dienstag erst 300 Flüchtlinge in Grossbritannien ankamen – von rund 18 000, die einen Visumsantrag eingereicht hatten. Manche berichten, sie hätten nach der Flucht die Aufforderung erhalten, beim Visa-Zentrum in Kiew vorzusprechen. In Calais am Ärmelkanal wurden Ukrainer aufgefordert, auf den Konsulaten in Paris oder Brüssel vorzusprechen.

Grosszügigerer Ansatz gefordert

Die Regierung argumentiert, es gelte zu verhindern, dass russische Agenten unbemerkt ins Land einreisen und ähnlich wie beim verheerenden Giftanschlag auf den ehemaligen Spion Sergei Skripal von 2018 schwere Verbrechen verüben könnten. Doch forderte neben der Opposition jüngst auch eine Gruppe von vierzig konservativen Hinterbänkern in einem Brief einen grosszügigeren Ansatz, zumal sich Fingerabdrücke auch nach der Ankunft in Grossbritannien abnehmen liessen. Die Intervention der Parteikollegen war ein Aufruf an Johnson, Rhetorik und Realität seiner Ukraine-Politik stärker in Einklang zu bringen.

Facebook blockt Kreml, Kreml blockt Facebook

Die Tech-Konzerne übernehmen in diesem Krieg Verantwortung – aber setzen sie auf die richtigen Massnahmen?

RUTH FULTNERER

Es ist Krieg in Europa, und die sozialen Netzwerke haben Stellung bezogen: Auf Youtube, Tiktok, Instagram und Facebook sind die Accounts der russischen Auslandpropagandasender Russia Today und Sputnik in der EU nicht mehr erreichbar. Die ukrainische Regierung bedankte sich in sozialen Netzwerken für jeden der Schritte und machte jeweils Druck, noch mehr zu tun.

Twitter hatte am längsten gezögert und die Kreml-Sender zuerst nur als «Staatsmedien» gekennzeichnet. Am 2. März zog das Unternehmen nach, um die Sanktionen der EU mitzutragen. Zu diesen gehört die «Aussetzung der Sendetätigkeiten der russischen Staatsmedien Sputnik und Russia Today in der EU».

Informationskrieg in Osteuropa

Eine Sonderrolle nimmt bis anhin Telegram ein. Das von Russen gegründete und nun von Dubai aus operierende soziale Netzwerk ist in Russland noch erreichbar. Die App hat noch nie moderierend eingegriffen, damit wird sie nun für Russen zu einem der wenigen Kanäle, die direkten Kontakt zur Ukraine und zum Rest der Welt ermöglichen.

In diesem Krieg erscheinen zum ersten Mal seit langer Zeit soziale Netzwerke in positivem Licht. Bilder aus Kiewer Luftschutzkellern und Ansprachen des ukrainischen Präsidenten Wolodimir Selenski haben vor Ort Mut zur Verteidigung verbreitet und im Ausland Solidarität. Dass Russland wiederum in seiner Zensurkampagne neben den letzten verbliebenen freien Medien

im Land auch den Zugang zu Facebook und Twitter gesperrt hat, wird hingegen mit Entsetzen wahrgenommen.

Obwohl Berichte eindeutig zeigten, dass russische Kampagnen auch in den USA aktiv eine gesellschaftliche Spaltung vorantrieben, wähten sich die USA bisher nicht im Informationskrieg. Gleich wie die EU sehen Politik und Tech-Konzerne erst jetzt, da der Krieg in der Ukraine physisch ausgebrochen ist, Grund genug, um offensiv gegen russische Einflussnahme vorzugehen.

Osteuropäische Staaten haben diesen Schritt schon früher getan: Die Ukraine hat das vom russischen Staat stark kontrollierte Netzwerk VKontakte schon 2017 auf seinem Staatsgebiet blockiert, ebenso wie russische Staatssender. In Estland löste eine von russischen Medien angeheizte Kampagne um ein sowjetisches Denkmal im Jahr 2007 gewalttätige Demonstrationen aufseiten der russischen Minderheit aus. Seitdem hat das Land die Verteidigung im Informationsraum zur Priorität gemacht. Estland hat gemeinsam mit Lettland, Litauen und Polen auch am lautesten nach einem Einschreiten gegen russische Propaganda gerufen.

Gegen die pauschale Zensur von Medien, und seien es Propagandasender, wurde aber auch Kritik laut. Die deutsche Piratenpartei schrieb, die «Aufforderung an Internetkonzerne, angebliche Propagandainhalte im Internet zu blockieren», schaffe einen «gefährlichen Präzedenzfall für die Zukunft».

Katerina Sedova sieht das ähnlich. Die Ukrainerin forscht in Washington zu Desinformation und künstlicher Intelligenz. Sie sagt: «Wenn Russia Today morgen in den USA nicht mehr erreichbar wäre – ich würde keine Träne vergies-

sen.» Trotzdem sehe sie, wie viele Amerikaner, Zensur an sich extrem kritisch. In den USA sind die Propagandasender noch erreichbar.

Die Organisation Reporter ohne Grenzen kritisierte die Blockierung vor allem in Hinblick auf die zu erwartenden Gegenmassnahmen, die «eine unabhängige Berichterstattung aus Russland erschweren oder sogar unmöglich machen» würden. Diese folgten auch umgehend. Selbst Netflix ist in Russland nicht mehr zu erreichen. Dem war ein Konflikt mit der Regierung vorausgegangen, weil der Streaming-Dienstleister sich geweigert hatte, russische Staatsmedien innerhalb Russlands ins Programm zu nehmen.

Die Social-Media-Propaganda

Vergangene Woche berichtete der Facebook-Mutterkonzern Meta stolz, man habe ein Netzwerk aus gefälschten Accounts von der Plattform genommen. Diese hatten ausgesehen, als gehörten sie regierungskritischen Journalisten aus der Ukraine. Doch die Profilbilder waren künstlich erzeugt, und die Personen existierten nicht. Die Accounts verbreiteten konzertiert Falschmeldungen und prorussische Propaganda. Meta schaltete die Benutzerkonten ab, bevor allzu viele Menschen ihnen folgten und ihre Nachrichten verbreiteten.

Der Desinformationsforscher Marc Owen Jones konnte am Beispiel des Hashtags «I stand with Putin» nachweisen, wie die Verbreitung von Falschnachrichten funktioniert: Er zeigte, dass ausser tatsächlichen Putin-Anhängern auch sehr viele fragwürdige Profile, etwa aus Kenya, den Hashtag organisiert verbreiteten und aufeinander verwiesen. Oft hatten diese Nutzer kaum Follower, zum

Teil kamen die Profilbilder von Fotoagenturen. Das sind für Jones Hinweise auf gefälschte Accounts. Solche Dienstleistungen könnten Regierungen ebenso wie Businesskunden einfach im Internet bei sogenannten Trollfarmen bestellen, sagt er im Gespräch. Diese nutzten aus, dass es sehr einfach sei, Profile in den Sozialen Netzwerken zu erstellen.

Jones, der an der Hamad-bin-Khalifa-Universität in Katar forscht und ein Buch über Desinformation im Nahen Osten geschrieben hat, sieht die jetzige Selbstdarstellung der Tech-Unternehmen mit einer Prise Zynismus: «Es ist gut, dass die Tech-Konzerne einschreiten, doch man sollte sich keine Illusionen über die Gründe machen. Sie tun etwas, wenn es in den USA politischen Druck gibt.»

Er habe mit Frustration erlebt, wie ein enger Berater des saudischen Kronprinzen Mohammed bin Salman auf Twitter öffentlich Leute bedroht habe, die sich regierungskritisch geäussert hätten. Jones sagt, er habe den Account mehrfach gemeldet, trotzdem sei zwei Jahre lang nichts passiert. Erst als der Berater mit dem Mord am Journalisten Jamal Khashoggi in Verbindung gebracht wurde, löschte Twitter sein Profil.

Im äthiopischen Bürgerkrieg konnten Politiker und Aktivisten auf Facebook ungehindert dazu aufrufen, das Land von Angehörigen anderer Ethnien zu «säubern». Auch in Myanmar, in Syrien und in den Philippinen haben soziale Netzwerke eine destruktive Rolle gespielt – und sich zum Teil für konzertierte Desinformation ausnutzen lassen. In Konflikten, die im Westen weniger stark wahrgenommen werden, fehlte bisher offensichtlich der Druck, einzuschreiten.